

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

28 (2.2.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., wöchentl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Verlag mittags, Geschäftszeit: 5-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die Spalt. Solonzeitung od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Die wachsende Macht des Großkapitals.

Von Wilhelm Reif, M. d. R.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Kriege einen geradezu sprunghaftigen Verlauf. Man hat — mit vollem Recht — von den Fortschritten der Technik und der Chemie gesagt, sie seien in den wenigen Kriegsjahren größer als vorher in einem Jahrhundert. In demselben ungeheuren Tempo vollzieht sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen, der Zusammenfluß der großen Kapitalisten zu mächtigen Konzernen die Steigerung der Kapitalkraft der einzelnen Klein- und Mittelunternehmungen.

Am greifbarsten tritt das Streben nach Angliederung und Vergrößerung bei den Banken zutage. Die Banken, die in der ersten Kriegszeit eine Periode der Unsicherheit durchzumachen hatten, haben in den Jahren 1916 und 1917 infolge der zunehmenden Geldflut sehr gute Geschäfte gemacht. Aus dem bis 1. Dezember 1917 unkontrollierten Börsengeschäft — erst vom 1. Dezember an wurden die amtlichen Börsenkurse wieder eingeführt — aus den Kriegsanleihebehebungen und aus dem Depositengeschäft mit seiner weiten Zinsspanne erzielen sie reiche Gewinne. Die riesenhafte Kapitalkraft der größten Bankunternehmungen aber steigert in dem Maße, in dem sie wächst, auch ihre Anziehungskraft, die zur Auffaugung kleinerer Betriebe führt. Allein im Jahre 1917 nahm, um nur die größten Fusionen zu erwähnen, die Deutsche Bank den Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt in sich auf, eröffnete eine Zweigstelle in Sofia und kündigte eine solche in Bukarest an. Die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger und die Hamburger Vereinsbank, den Magdaburger Bankverein und einige kleinere Geschäfte im Westen. Die mit der Diskontogesellschaft in engen Beziehungen stehende Allgemeine Deutsche Kreditanstalt räumt unter den kleineren Geschäftsbanken, die gleichfalls zur Gruppe der Diskontogesellschaft zählende Bayerische Hypothek- und Wechselbank, unter den tapferen Privatbankgeschäften einrig auf. Die Dresdener Bank verband mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft einen so fetten Sappen, daß sie ihr Grundkapital von 200 auf 260 Millionen Mark zu erhöhen imstande war, wogegen dasjenige der Deutschen Bank zurzeit eine halbe Milliarde beträgt. Ohne Hinzurechnung der Mittel ihrer Tochterbanken verwalten diese drei Großbanken heute an eigenen und fremden Geldern etwa 10 Milliarden Mark! Dabei ist innerhalb dieser drei größten Finanzinstitute Deutschlands, die ein erdrückendes Übergewicht an deutscher Kapitalmacht haben, schon wieder ein enger Zusammenschluß zu beobachten. Man stelle sich die Machtfülle vor, die durch diese Kapitalanhäufung in wenigen Händen vereinigt wird! Voraus läßt sich dann weiter schließen auf die gewaltigen Einflüsse, die von kleinen Kapitalgruppen in den großen Schicksalsfragen unseres Volkes ausgeübt werden.

Die Reichsleitung hat neuerdings versucht, sich einen gewissen Einfluß auf die Kapitalanhäufung und Investierung zu sichern. Sie hat durch Bekanntmachung vom 2. November für Neugründung von Unternehmungsgesellschaften und für Kapitalserhöhungen die Genehmigungsspflicht eingeführt. Der Kapitalmarkt soll erstens für die Dauer des Krieges für die Befriedigung der Bedürfnisse des Reichs (Kriegsanleihen) freigegeben werden; zweitens soll für die Uebergangszeit nach dem Friedensschluß darauf bedacht genommen werden, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparfamkeit verteilt und in die richtigen Kanäle geleitet werden. Das Gründungsfever, das nach dem Kriege von 1870 so üble Blüten trieb, soll gezipfelt oder unterdrückt werden. Man täusche sich aber nicht über die Wirkung dieser Konzeptionspflicht. Die Finanzpraktiker deden in den Handbülletten die zahlreichen Umgehungsmöglichkeiten auf, denen gegenüber die Regierung ebenso ohnmächtig sein wird wie sie es gegenüber den Händlern und Agrarern auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ist. Wenn die preussische Regierung das Grundkapital der Seehandlung (Preussische Staatsbank) von 200 auf 260 Millionen erhöhte, um nach den Worten des Finanzministers Dr. Hergt „auf dem Geldmarkt durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtigen Großfinanz zu fügen braucht“, so wird die Großfinanz diese Bemühungen mit lächelndem Achselzucken wahrnehmen. Denn die Machterweiterung der Großbanken nimmt ihren Fortgang. Schon schließt sich die Commerz- und Diskontobank Hamburg-Berlin an, zwei lässliche Mittelbanken in ihren Freundschaftsbündeln aufzunehmen. Bereits vor Jahresfrist wurde in der Börsenpresse festgestellt, daß kaum ein Duzend deutscher Provinzbanken mit über 10 Millionen Mark Grundkapital zu keiner der Berliner Großbankengruppen zu zählen sei. Inzwischen sind diese unabhängigen Provinzbanken fast ausgestorben.

Die Regierung will aber auch gar nicht die übermächtige Großfinanz im Schach halten, sondern nur vorübergehend die Finanzspruchnahme des Marktes da hintenhalten, wo es sich um Anlagen handelt, die nicht ausschließlich dazu dienen, den Bedarf des Jahres oder der Kriegswirtschaft sicherzustellen. Tatsächlich haben sich die Kapitalserhöhungen, die schon im

ganzen Jahre 1917 eine starke Aufwärtsbewegung zeigten, seit Einführung der Konzeptionspflicht beträchtlich vermehrt. Alle diese Kapitalserhöhungen sind glatt genehmigt worden, darunter die des Amalferkonzerns, die sich auf nicht weniger als 132,6 Millionen belaufen. Auch Kapitalserhöhungen, die wie die der Daimlerwerke (von 8 auf 32 Millionen) nur dem Zweck dienen, die anders nicht zu bewältigenden Kriegskosten einigermaßen zu verteilen, haben keinerlei Beanstandung erfahren.

Wollte die Reichsleitung, was sie eben nicht will, die „übermächtige Großfinanz“ zügeln, so gäbe zurzeit kein wirksames Mittel als die Beschränkung der Preise für Heereslieferungen auf ein vernünftiges Maß. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich gestaltet haben, beweisen sie nicht nur eine gefahrdrohende Stärkung der Macht weniger Kapitalgehaltiger, sondern sie steigern zugleich die Verarmung des Reichs, d. h. der hungernden Massen des deutschen Volkes, zugunsten der verhältnismäßig kleinen Zahl großer Kriegsgewinner, sie fördert die maßlose Verschwendung in einer Zeit, in der in tausend Zungen die Sparsamkeit allen Gliedern des Volkes als höchste moralische Pflicht gepredigt wird. Was braucht der in den Millionen schwim-

mende Kriegsgewinner zurückzuführen vor irgend einem phantastischen Aufwand, zahlt ihm doch das Reich bei der heutigen Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer zu jeder Ausgabe einen Beitrag von 50 Prozent! Auch die staatsrechtlichen Summen, die für die Zwecke der Vaterlandspartei „geobfert“ werden, sind unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Die Gewinne der kriegsluftigen Vaterlandsparteiler stammen in ihrem ganzen Umfang aus den Mitteln des Reiches, von dem bescheidenen Teil aber, den das Reich als Steuer zurückfordert, wird ihm ein um so größerer Bruchteil vorenthalten, je größere Summen daraus der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zusammenhang und die Wirkungen scheinen den stumm zulebenden Reichsstellen nicht ganz unwillkommen zu sein. Anders aber denken die Millionen Männer darüber, die draußen im Felde im Grausen des Kampfes den Entbehrungen des Schützengrabens unterliegen, und die Millionen daheim, die Familien der Kämpfer, die langsam aber sicher wirtschaftlich untergehen, während weltverdringende Heimkrieger die Kriegsgewinne zu unheimlicher Höhe aufstürmen.

Fortsetzung der Verhandlungen mit Rußland.

MR. Breit-Litovsk, 31. Jan. (Nicht amtlich.) Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Äußeren Graf Czernin eine Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten.

Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete besprochen habe, die von reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage nunmehr vor, zu verhandeln, eine gewisse Klärung über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage wolle er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein und selbständig über diese Frage zu verhandeln und zu beschließen. Er bitte daher den Präsidenten der russischen Delegation, seinen Standpunkt in der Zuständigkeitsfrage darzulegen.

Herr Trotski erwiderte, er erbehe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß die Delegation der Kiewer Rada sich auf den Standpunkt stelle, sie könne territoriale Fragen einseitig und selbständig lösen. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht, daß auf Grund verlässlicher Nachrichten eine Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brester Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und der Zukunft.

Minister des Äußeren Graf Czernin führte hierauf aus, er glaube, daß in diesen Anschauungen zwischen den Herren der Ukraine und der Petersburger Delegation ein entschiedener Widerspruch bestehe. Er würde daher vorschlagen, eine Vollziehung baldmöglichst abzuhalten, wo diese in erster Linie zwischen den Regierungen von Petersburg und Kiew zu entscheidende Frage erredigt werde. Was die Frage der territorialen Kompetenzabgrenzung zwischen Petersburg und Kiew anlangte, so habe er das so aufgefaßt, daß es sich um die Grenze handle, die die Ukraine und das von Petersburg aus vermalte Rußland trennen werde.

Herr Trotski entgegnete, es sei selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie von Rußland unabhängige Republik bestünde und weiter bestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen selbständig würde lösen können.

Auf Eruchen des Staatssekretärs v. Rühlmann gab hierauf Herr Trotski den Inhalt des von ihm erwähnten Telegramms bekannt, wonach der ausschlaggebende Teil der Kiewer Garnison zur Sowjet-Regierung übergegangen sein soll.

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschlossen, die Zuständigkeit der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer morgen abzuhaltenden Plenarsitzung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu besprechen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Nicht am grünen Tisch?

MR. Stockholm, 1. Febr. (Nicht amtlich.) Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur sagt, daß der Kampf für den Frieden nicht am grünen Tisch, sondern wahrscheinlich auf den Straßen von Wien und Berlin ausgeht.

Das Friedensprogramm Bulgariens.

MR. Sofia, 30. Jan. (Nicht amtlich.) In der heutigen Sitzung der Sobranje wies Ministerpräsident Radoslawow in seiner vor gut besetztem Hause und überfüllten Tribünen gehaltenen Rede über die Kriegsziele Bulgariens und dessen Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Rußland darauf hin, daß alle Völker lebhaft die den Frieden wünschten und

auch die Bulgaren ihn erstrebten, jedoch einen ehrenvollen ihre nationale Einheit bezeugenden Frieden. Wenn Bulgarien den schmerzlichen Opfern dieses Krieges zustimmt, so gelte das, um alle seine zerstreuten Stammesorte zu einem einzigen Staat zusammenzufassen. Bulgarien rechne mit dem Anschluß der Dobrudscha, des Morawlandes und Mazedoniens an das Mutterland, was zu der Friedensformel „Keine gewalttätigen Gebietsveränderungen und freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nicht im Widerspruch stehe. Die Verwirklichung dieses nationalen Willens habe die bulgarische Abordnung in Breit-Litovsk bisher mit Erfolg verteidigt. Der Minister gab nach einem geschäftlichen Ueberblick über die Verhandlungen der festen Hoffnung Ausdruck, daß diese möglichst zu einem Sonderfrieden mit Rußland führen werden. Die Verteidigung der bulgarischen Interessen auf der Breit-Litovsker Konferenz bildete einen wesentlichen Programmpunkt Oesterreich-Ungarns und Deutschlands.

Alle Führer der Oppositionsgruppen sprachen nach der vom Hause beifällig aufgenommenen Rede des Ministerpräsidenten den rückhaltlosen Beitritt der Fraktionen zu dem von der Regierung vorgelegten Programm der nationalen Einigung aus.

Kriegsnachrichten. Deutscher Tagesbericht.

MR. Großes Hauptquartier, Amlich, 1. Febr. 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz. Unsere Erkundungsabteilung brachte aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei dichtem Nebel blieb die Feuerartigkeit an der ganzen Front gering.

Italienische Front. Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf. Vom Monte di Val Bella und Col del Rosso aus setzen die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 1. Febr. (MR. Nicht amtlich.) Amlich wird verlautbart: Ostlich von Asiago stürmte gestern der Italiener viermal gegen unsere neuen Stellungen. Jeder Angriff scheiterte bereits im eigenen Feuer unter schwersten Verlusten für den Gegner. Unserer Artillerie gebührt bei diesem Erfolge besonderes Verdienst. In den Kämpfen am 28. und 29. Januar haben sich das Eperische Schützenregiment Nr. 6 und das Landsturm-Regiment Nr. 6, das Wiener Schützen-Regiment Nr. 7 und Mährische Landsturm-Regt. Nr. 25, das dritte Bataillon des 3. Regts. der Tiroler Kaiserjäger, sowie die Tiroler Landsturmabteilung Nr. 168 und Nr. 171 besonders ausgezeichnet.

Der Chef des Generalstabes
Eine Madajsen-Offensive auf dem Balkan?

Berlin, 31. Jan. (MR. Nicht amtlich.) Nationalstiftende vom 30. Januar schreibt: Die Entente verläßt ihre Stellung auf dem Balkan zu stärken, wo eine Madajsen-Offensive großen Stills spätestens im März erwartet werden kann. Auch in Palästina kommen dauernd deutsche Truppen an.

Fransösischer Bericht über den Fliegerangriff auf Paris.
 W.B. Paris, 31. Jan. (Nicht amtlich.) Savas. Amtlich wird mitgeteilt: Vier feindliche Geschwader überflogen unsere Linien nördlich Compiègne und erreichten Paris. Sie flogen wegen des klaren Himmels sehr hoch und näherten sich dem Bezirk von Orléans her, wobei sie nacheinander Bomben auf verschiedene Gemeinden der Pariser Banlieue abwarfen. Sie überflogen hierauf Paris hauptsächlich auf dem rechten Ufer, wo sie in einigen Augenblicken nahezu ihre sämtlichen Bomben abwarfen. Sie vernichteten dabei viele Menschenleben, besonders Frauen und Kinder. Zwei Hospitäler wurden getroffen, mehrere Gebäude durch Brände beschädigt. Die Zahl der Getöteten beträgt 20, die der Verwundeten 50. Mehrere Kämpfe wurden nördlich der Hauptstadt geliefert. Ein deutsches Flugzeug wurde abgeschossen, die beiden Insassen gefangen. Ein französisches Flugzeug mußte landen, beide Insassen sind verwundet. Ein späterer Bericht wird die Zahlen unserer Verluste angeben.

Paris, 31. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Die Agence Havas meldet amtlich: Die Zahl der Verluste infolge des Luftangriffes am Mittwoch ist jetzt bekannt. 36 Tote, darunter 22 in Paris und 14 in der nächsten Umgebung, 190 Verwundete, davon 114 in Paris und 76 in der nächsten Umgebung, waren die Opfer des feindlichen Angriffs, unter ihnen eine große Anzahl Frauen und Kinder. Drei Hospitäler wurden von Bomben getroffen und in einem von ihnen brach ein Brand aus. Alarm wurde sogleich in der gewöhnlichen Weise geschlagen. Der Rettungsdienst trat mit bemerkenswerter Schnelligkeit in Tätigkeit. Die Feuerwehrt wurde namentlich von 1/2 bis 1/2 Uhr an 12 verschiedene Orte gerufen, sowohl in Paris wie in seiner Umgebung. Es war möglich, allen Anforderungen gleichzeitig nachzukommen und Material kam in kürzester Zeit an den verschiedensten Unglücksstellen an. Die Hilfsorganisation war vollkommen. Insgesamt 30 unserer Flugzeuge stiegen auf, von denen etwa 20 in der Luft blieben. In wenigen Minuten hatten sich die Verteidigungsgeschwader mit einer Patrouille vereint, die vor dem Alarm über Paris kreuzte.

Zum Fliegerangriff auf Paris.

W.B. Paris, 1. Febr. (Nicht amtlich.) Ag. Havas. Präsident Poincaré begab sich in der Nacht in die von Bomben getroffenen Stadtteile und besichtigte die Verwundeten. Die Zahl der dort befindlichen Verletzten, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, ist auf etwa 60 zu beragen. Nach den bisher gemachten Feststellungen befanden sich fast alle durch Bombenplitter Verletzten auf der Straße oder an den Fenstern ihrer Wohnungen. Das Klagen einer Bombe rief kleine Brände hervor, die von einer Gasleitung herrührten.

Zum Fliegerangriff auf Calais.

W.B. Bern, 1. Febr. (Nicht amtlich.) Yvoner Wätter melden aus Calais: Am letzten Freitag überflogen mehrere deutsche Flugzeuge Calais. Sie konnten trotz heftiger Flugabwehr eine große Anzahl Bomben abwerfen, die ziemlich bedeutenden Sachschaden anrichteten. Mehrere Personen wurden getötet.

Das englische Calais.

Berlin, 1. Febr. (Privatmeldung.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß Calais von den Engländern sowohl auf der Land- wie auch auf der Seeseite neuerdings sehr stark besetzt und damit zum englischen Hafen gemacht wurde. Die Engländer haben außerdem die Kontrakte, die auf Truppenlager usw. Bezug haben, auf weitere 3 Jahre verlängert.

Eine englische Kritik der letzten englischen Offensive.

Amsterdam, 31. Jan. Der militärische Mitarbeiter der englischen Wochenschrift „World“ lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß Haig in seinen Berichten über die Ta-

ten der britischen Truppen in Frankreich im abgelaufenen Jahr, nichts über die Verluste sagt. Früher habe der Generalstab es nie verjümt, die Verluste zu melden, denn der Wert eines militärischen Erfolges hänge im allgemeinen von dem Preis an Menschenleben ab, den man dafür bezahle. Die große Offenstrebung von 1917 habe nicht nur keine Entscheidung gebracht, sondern auch keine strategischen Ergebnisse von Bedeutung. Der militärische Mitarbeiter wirft Haig vor, daß er die Schuld an seinen geringen Erfolgen dem Wetter, den Verbündeten und der britischen Regierung in die Schuhe schiebe. Es gebe nicht an, daß ein Oberbefehlshaber der in zwei Offensiven mehr als eine Million Mannschaften geopfert habe, den Stab der Regierung breche. Der Verlauf aller englischen Operationen sei, daß das englische Oberkommando dem deutschen nicht gewachsen sei. Aber die Schuld liege allein: auch der französische Oberbefehlshaber trage an der Verantwortung teil. Trotzdem müsse es werden, daß der britische Generalstab seiner Aufgabe gewachsen war. Die Deutschen seien an der Westfront gefährlicher geworden als zu irgend einem Zeitpunkt seit der Schlacht an der Marne. Es werde eine große Offensive vorbereitet (von wem? D. Red.) und es sei der reine Wahnsinn, annehmen zu wollen, daß sie mißglücken werde. Sie werde im Gegenteil nachdrücklich gelingen. Diese Kritik im Krieg werde dann vermutlich die letzte sein.

Die Lage im neuen Rußland.

Russisch-rumänischer Krieg.

London, 1. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Die „Times“ erfahren aus Petersburg: Es wird berichtet, daß die Rumänen sich in einem beise haben und ihren Vormarsch fortsetzen. In politischen Kreisen wird die Möglichkeit besprochen, daß die Befehle der Entente Rußland verlassen, wenn die Republik Rumänien den Krieg erklärt. Gestern fand ein Gedankenaustausch zwischen den Ententegefeindten und dem Vertreter Rumäniens statt. Nähere Nachrichten fehlen.

Die Zustände in Finnland.

Stockholm, 31. Jan. (Nicht amtlich.) „Höftidningen“ erzählt aus Savaranda, daß der finnische General Graf Mannerheim auf dem Marsch nach dem Süden durch Schutgardisten und Bauern große Verhärten erhalten habe, jedoch sein Heer von 15 000 auf 20 000 Mann angewachsen sei. Er beabsichtige nun, Finnland von den russischen Klageneistern zu befreien. Er soll sich auf dem Weg nach Hoernesborg befinden. Die finnischen Regierungsvertreter, die Schwedens Hilfe erbitten sollen, kamen heute in Stockholm an und wurden von dem finnischen Gesandten Staatsrat Gripberg auf dem Bahnhof empfangen.

Stockholm, 1. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Die finnische Gesandtschaft erhielt am Donnerstagabend ein Telegramm aus Helsingfors, wonach russische Soldaten und Rote Garbitten in Helsingfors die Mitglieder des Landtages und die Bankdirektoren verhafteten. Trotsky und Lenin hätten gedroht, drei Regimenter nach Wiborg zu senden und das Schutzkorps, die sogenannte Weiße Garde, zu vernichten.

Deutsches Reich.

Die Massen fordern!

Montagabend waren 155 Vertrauensleute der Sozialdemokratie des ganzen Kölner Stadtgebietes der sozialdemokratischen Organisation und der Vertrauensleute der freien Gewerkschaften versammelt. Nach einem Vortrage des Reichstagsabg. Meerfeld wurde auf Antrag des Gen. Trindorn folgende Entschließung einstimmig angenommen:

dergabe hinzugeben. Zur vollständigen äußeren Gemüthslosigkeit kommt gewöhnlich die innere eines starken Temperaments. Und ebe man sichs versteht, ist das junge Mädchen in eine ganz andere Straße eingebogen, ihrem früheren Ich, ihrer Familie und gewohnten Umwelt entfremdet. So spielt die Anhängerin ein paar Jahre „draußen“. Dann bekommt sie vielleicht für „kleine Partien“ ein Engagement in der Großstadt. Hat sie Glück, so wird durch ein Zufall einmal eine „große Partie“ frei und sie kommt hinauf. Bietet sich ihr aber keine Chance, so kann sie auch für immer die kleine Schauspielerin bleiben, brav, fleißig, fleißig, ohne Glanz und Schimmer. Für äußeres Dasein formt sich nicht nach ihrer Begabung, sondern nach ihren Vermögensverhältnissen. Das ist zuerst einmal das Mädchen aus gutem Hause, das nicht auf die Gage angewiesen ist. Peter Duvus findet in letzter Zeit leider allzu viele Vertreter. Dann die Schauspielerin mit dem „reichen Freunde“, deren Tolleiten allgemeine Bewunderung erregen und eine sehr wirksame künstlerische Förderung bedeuten. Wer keinen der beiden Wege gehen will oder kann, ist gezwungen, Bühnenproletierin zu werden. Diese Mädchen haufen in einem dürftigen Kabinett, kochen ihr Essen auf dem berühmten Spiritusföcher und nähren ihre Kleider selbst. Ueberhaupt: „Das Scharnier ist eigentlich in unserer Berufswelt viel wichtiger als das Talent“, sagt mir voll Bitterkeit eine junge Salondame. „Um auf einer Bühne, namentlich einer kleineren, Erfolg zu haben, muß man ein wenig brecher können, eine hübsche Gestalt und sehr schöne Toiletten haben“. Am schämmsten sind aber die verheirateten Schauspielerinnen daran. Natürlich gibt es auch „Mangpartien“, und die eine oder die andere „möcht ihr Glück“. Aber das sind ebenalls die Ausnahmen. Die Regel ist die Kollegenliebe: er verdient 200 Kronen, sie 150. Zueg und Gönning helfen zuerst über die Not hinweg. Dann kommen Aender, Sorgen und vielleicht auch Rank und Haber. Die Mutter kann sich den Kindern, dem Haushalt nicht widmen und — ein Kurial zu einem anderen Beruf gibt es nicht. Me Keine der Entschüma ist unsonst. Dann kommt das Alter. Die kleine Schauspielerin wird Anstandsname, schließlich Souffleuse. Wer solche Mäßigkeit nicht findet, muß auf „Evelhonore“ ausweichen, Sonderarbeiten machen (ich kenne eine alte Serotine, die vom Käseln lebt) oder Gnadendrot erketten. Und dabei liegt, bei den heutigen Verhältnissen, die 200 Kronen-Gage.

Die kleine Schauspielerin.

Die nachstehenden Betrachtungen entnehmen wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“; sie treffen nicht nur auf österreichische Verhältnisse, sondern auch auf deutsche zu.
 Bei den letzten Verhandlungen des Deutsch-österreichischen Bühnenvereins im November wurde ein großer Erfolg für die Schauspieler erzielt: die Bestimmung, daß von nun an keine Wiener Schauspielerin eine Monatsgage unter — 200 Kronen (170 Mark) beziehen solle. Diese Zahl kann wohl nach dem Stand der Dinge nicht höher sein, als die Bestimmung, daß die Schauspielerinnen, die Vorstellung von Glanz, Pracht und Ueberflus nicht doch im Denken dieser jungen Mädchen, die es so übermächtig zur Bühne zieht. Man ist jung, hübsch, hoher Wüchse, und so tritt man in die Theaterwelt ein. Gewöhnlich von der landläufigen Phrase bedekt, daß „heutzutage Schauspieler ein Beruf ist wie jeder andere“, nichts könnte falscher sein, als dieses Wort. Trotzdem hört man es immer wieder von den jungen Geplinnen, die sich dabei allerdings jede für einen Ausnahmefall halten. Jede einzelne träumt von der Jungfrau von Orleans, von Maria Stuart, von der Marica. Dann geht die künftige Duse hinaus in die Provinz und spielt die Agnes Sorel, die Kennedy und das Marielchen. Manche kommt ihr Leben lang nicht weiter. Aber gleich beim Beginn ihrer Laufbahn zeigt sich eine der Schattenseiten des gewählten Berufes: das junge Mädchen steht plötzlich in der Fremde allein. Denn wenn es in der Großstadt, namentlich in Wien, besser damit bestellt ist — in der Kleinstadt ist der Schauspieler immer noch ein Nostriker, durch unübersehbare Schranken von der Bürgerwelt getrennt. Auch ist der Aufenthalt doch nur vorübergehend, und das junge Mädchen ist ausschließlich auf den Verkehr mit Kollegen und Kolleginnen (auch da sind die älteren gelehrteren Frauen, durch Familienpflichten gebunden, kaum in Betracht zu ziehen) angewiesen. Sie wird in ein fröhliches Künstlerleben hineingezogen. Die plötzliche Freiheit steigt ihr zu Kopf, und nur außerordentliche Sittensregeln und Selbstzucht kann ein Strahlen verhindern, ein Straucheln, an dessen Folgen die Schauspielerin durch ihre schlechte materielle Lage schwer zu tragen hat. Die unbesonnenen Sittensregeln aber ist dem Beruf der Schauspielerin gerade entgegengesetzt. Ist es doch die Aufgabe der Bühnkünstlerin, Sittensregeln darzustellen und sich großen Gefühlen in der Wie-

„Die Verammlung von 155 Vertrauensleuten bedauert die unklare, zwiespältige und schwankende Haltung der deutschen Regierung in der Friedensfrage. Diese Haltung gibt allen Freunden eines dauerhaften demokratischen Friedens Anlaß, zu den größten Befürchtungen und ist geeignet, eine baldige Verständigung unter den Kriegführenden außerordentlich zu erschweren. Die Verammlung fordern von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß unerzüglich Schritte unternommen werden, um die deutsche Regierung zur Abgabe einer klaren und unabweidigen Erklärung über ihre Absichten in der Friedensfrage zu zwingen.“

Eine gewaltige Kundgebung der Kriegsbeschädigten

fand in Köln statt. Der Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer hatte zu einer Verammlung eingeladen, doch der vorgezeichnete Saal, der „Hüttliche Hof“, erwies sich als viel zu klein; schon eine Stunde vor Beginn drängten sich die Besucher auf den Galerien und in den Gängen, und viele Summere mußten umkehren. Die Rede des Reichstagsabg. Davidsohn entzündete drauenden Beifall, besonders bei den Stellen, die sich gegen das Treiben der annexionslüstigen Kriegsverlängerer richteten. In der Ansprache kamen zahlreiche Kriegsbeschädigte zum Wort, die ihre Beschwerden vorbrachten und zur Solidarität ermunterten; für die Sozialdemokratie, für die Unabhängigen und das Zentrum gab Abgelandte ihre Symbole zum Ausdruck. Tiefen Eindruck machten auf die Anwesenden die eindringlichen Klagen eines Kriegsblinden. Einen alldeutschen Arzt, der fremdes Heilungssland für die Kriegsbeschädigten forderte, führte Davidsohn in seinem glänzenden Schlusswort ab. Die über 2000 Hörer harrten durchweg bis 20 Uhr nachts aus; dann ergab sich, daß die Verammlung dem Bund, der bisher in Köln noch sehr klein war, mehrere hundert Neuaufnahmen gebracht hat.

Brden.

Die Verhandlungen des Landtags

gehen immer noch in dem schleppenden Tempo weiter. Auf bei der Beratung des Justizetats wurden endlos Reden gehalten. Wenn das so weiter geht, ist das Ende der jetzigen Tagung des Landtags nicht abzusehen, das Budget des Ministeriums des Innern würde allein mehrere Wochen beanspruchen. Es wird Aufgabe der Fraktionsleitungen sein, auf eine durchgreifende Aenderung hinsichtlich der Erledigung der Geschäfte hinzuwirken, denn im Lande drauhen wird der Unmut über die Vielderelei immer größer. Es ist auch gar zu arg, wenn — wie das jetzt wieder bei der Grundbuchfrage der Fall war — ein Duzend und noch mehr Redner sprechen ohne auch nur einen neuen Gedanken in die Debatte zu bringen. Wie soll das erst werden, wenn die Denkschrift über die Kriegsmassnahmen der Regierung zur Erörterung steht? Es ist wirklich an der Zeit, daß der Landtag sich auf sich selbst besinnt.

Einen beachtenswerten Artikel

veröffentlichte vor einigen Tagen der Genremassabgeordnete Köhler im „Badischen Beobachter“. Er macht u. a. den Vorschlag, auf dem Wege interfraktioneller Vespredungen eine Verständigung über ein Mindestprogramm herbeizuführen zu versuchen. Der Gedanke ist von sozialdemokratischer Seite schon vor Wochen aufgeworfen und im Seniorenkongress zur Sprache gebracht worden, leider ohne Erfolg. Im Hinblick auf die von den verschiedenen Fraktionen eingebrachten Anträge auf dem Gebiete der Verfassungsfragen schien uns eine Verständigung auf ein Mindestprogramm sehr wohl möglich. Der Landtag würde dadurch nicht nur seine Position gegenüber der Regierung stärken, sondern auch viel Zeit sparen, und das mit der sicheren Aussicht auf einen praktischen Erfolg. Ein solches Vorgehen wäre gleichzeitig auch

Der Better vom Land.

Merkwürdig, wieviel Leute in der Stadt heute einen Better vom Lande haben. In den besten Familien erinnert man sich jetzt an ländliche Verbindungen, vom Großvater einst in alten Zeiten geknüpft.
 Es sind bestelbe nicht lauter Blutsverwandtschaften. So unangenehm war der Seivatsverkehr von Stadt und Land nicht. Aber um solide legitime Verhältnisse handelt es sich doch, wenn auch die scharfen Berordnungen doreist noch dazu zwingen, kein großes Aufheben von der Verwandtschaft zu machen. Der ländliche Better hat einen Geldbeutel, der ländliche Better hat Butter und Eier. Das ist das ganze Verwandtschaftsgeheimnis.
 Gost du den Better vom Lande noch nicht beobachtet?
 Galtte dich einmal um die Dämmerzeit in einer herrschaftlichen Straße auf. Dann wirst du bald einen drauen, meist barlosen Mann sehen, der ruhigen Schrittes und Gemüths auf ein Haus zu zusteuert, mit dem Finger die Namenstafel nachsieht und nach diskretem Räuten im Haus verschwindet.
 Der Mann ist nie allein. Zeits hat er entweder einen Knack auf dem Rücken oder ein Köffchen in der Hand, manchmal auch nur ein rot oder blau geklümtes Sackuch, darin sich eine hübsche Zahl netter, runder Budel abzeichnet.
 Das ist der Better vom Lande. Manchmal ist auch eine Waie. Kommt der Better wieder zum Vorschein, so kopt auf seinem Gesicht meist ein stiller, seliger Abglanz von Zufriedenheit, und die Hände sind fest und doch beinahe zärtlich in die Hosentaschen gestopft.
 Er hat seine „Verwandten“ nicht umsonst beuchet. Sie wollten ihn auch gar nicht wegen seiner schönen Augen und er sie nicht wegen ihrer griechischen Nasen sehen. Der Knack, das Köffchen, das Sackuch sind die wahren Gründe der Beluche. Können sie allein verlassen, dann könnte der Better vom Lande ruhig auf seinem Raff bleiben.
 Im Sprachgebrauch der haben Obriqkeit heißt der Better vom Lande war ein „Sältschänder“. Aber in amtlichen Sprachgebrauch ist noch mehr unersöhnliches Rauberwelsch.
 Heute gehört der Better vom Lande zu den höchsten Gütern der Nation. Wer einen hat, hält ihn warm, und wer noch keinen hat, sucht nach ihm.
 Ich habe nur eine Schwiegermutter vom Lande. Eine wirkliche Schwiegermutter. Sie beuchet mich nicht. Und ich würde ihr doch so gern einen Krans über die Tür bängen.

ein nicht zu unterschätzender Fortschritt zur Parlarisation... Wir möchten deshalb die Hoffnung nicht aufgeben, daß es zu einer solchen interfraktionellen Verständigung noch kommt.

Ottensau (Murgtal), 31. Jan. Spielende Kinder verursachten gestern hier einen Brand, dem zwei Häuser zum Opfer fielen.

Heidelberg, 31. Jan. Nach dem städt. Voranschlag für das Jahr 1918 belaufen sich die Ausgaben der Gemeindefinanz auf 2 788 788 M. denen Einnahmen im Betrag von 2 868 423 M. gegenüberstehen. Ungedeckt sind 3 155 343 M. gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbetrag von 824 493 M. Da sich jedoch im Jahre 1917 die Steuerwerte ganz außerordentlich vermehrt haben, ist für das Jahr 1918 bei einem gleichbleibenden Umlagefuß ein Mehrertrag in Umlagen in der Höhe von 327 183 M. zu erwarten, was den oben erwähnten Mehrbedarf in vollem Umfang deckt.

Jhringen, 31. Jan. Das 3 Jahre alte Söhnchen des Landwirts Ferdinand Klotzinger fiel in ein Gefäß mit heißem Wasser und starb später an den dabei erlittenen Brandwunden.

Heidelberg, 31. Jan. Der unter dem Namen „Orthopädische Anstalt der Universität Heidelberg“ mit einem Stützvermögen von 2 600 000 M. errichteten Stiftung wurde nach Vorgabe der Anstalt der Universität Heidelberg mit einem Stützvermögen von 2 600 000 M. errichtet.

Heidelberg, 31. Jan. Das 4 Jahre alte Töchterchen des Tagelöhners Mathias Müller fiel vor einigen Tagen in der Küche in eine Waune kochenden Wassers. Das Kind erlitt schwere Brandwunden, an deren Folgen es gestern gestorben ist.

Stingen (Am Staufen), 31. Jan. Durch Feuer ist einer der schönsten Bauernhöfe unserer Gegend, das Anwesen des Landwirts Julius Spahr vollständig zerstört worden. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Innerhalb kurzer Zeit ist das hier der vierte Brandfall. Ein 17jähriger Bursche wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Gollingen, 31. Jan. Bei dem Bahnhof in Mühlheim fiel der Gelehrte A. Wilmann aus einem fahrenden Zuge. In bewußtlosem Zustande wurde er später mit einer schweren Kopfverletzung aufgefunden.

Vörsch, 31. Jan. Nach einer Mitteilung eines Freiburger Plattes sind 500 Liter Milch die aus Orten des Kantonsales für Lörrach bestimmt waren, von der Bahnverwaltung nicht rechtzeitig befördert worden und deshalb verdorben. — Wegen ehelichen Zerwürfnisses hat sich ein hiesiger Einwohner im Gomburger Walde erhängt.

Brombach, 31. Jan. Auf einen Peronenzug wurden Steine geworfen und die Fenster eines Abteils 2. Klasse getroffen. Ein darin sitzender Offizier erlitt dabei eine empfindliche Wunde am Kopfe.

Was englische und französische Blätter von dem Luftangriff auf Mannheim zu erzählen wissen.

Der glänzende Reford, als den das „Echo de Paris“ den Bombenangriff auf Mannheim am 24. Dezember 1917 bezeichnet hat, wird in jedem neuen englischen oder französischen Bericht glänzender. Vielleicht meinen unsere Gegner auch, dem Angriff auf die offene unverteidigte Stadt durch die Erdichtung militärischer Erfolge nachträglich eine gewisse Berechtigung zu verleihen.

„Daily Mail“ vom 31. Dezember läßt sich aus dem Felde melden: „Unter den aus Deutschland angekommenen Gefangenen befand sich auch eine Anzahl Marinejoldaten, die während des Luftangriffs in Mannheim waren. Diese erzählten, daß eine große Munitionsfabrik gänzlich zerstört, und die große Redarbrücke demoliert worden sei.“ „Le Matin“ erzählt aus Bern durch einen Augenzeugen, daß allein im Kurhaus (1) 21 Soldaten getötet und 84 verwundet wurden. Und „Journal des Debats“ vom 6. Jan. läßt sich aus Genf drucken: Das Luftbombardement auf Mannheim scheint wirkungsvoller gewesen zu sein, als die deutschen Berichte glauben machen wollen. Ungefähr 60 Deutsche, die durch die Luftangriffe getötet worden, haben erklärt, daß sie gezwungen gewesen seien, eine Zuflucht in der Schweiz zu suchen, da ihre Wohnungen durch den Luftangriff auf Mannheim zerstört seien. — Die Meldungen sind als Proben der Glaubwürdigkeit der französischen und englischen Zeitungsberichte wertvoll. Man ist versucht, frei nach Faust auszurufen: Denn eben wo Erfolge fehlen, Stellt — ein Bericht zur rechten Zeit sich ein.

Die Streif-Bewegung.

Nach den heute vorliegenden Nachrichten scheint die Streifbewegung im Abflauen zu sein. Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Nachrichten sehr spärlich einlaufen. Die Berichterstattung ist schon an sich mangelhaft; sie wird noch erschwert durch Maßnahmen, an denen die Redaktion keinen Anteil hat. Im allgemeinen scheint aber der Zweck des Demonstrationstreifs erfüllt zu sein. Es wurde durchhalten gezeigt, daß die Arbeiterkraft am Rande des Durchhaltens angelangt ist. Sie will Friede und Brot. Nicht Friede um jeden Preis. Aber auch kein Tag länger Krieg für annexionspolitische Ziele.

Die Vorgänge in Mannheim.

Mannheim, 1. Febr. Am gestrigen Tage schlossen sich die Arbeiter verschiedener kleiner Betriebe der Metallindustrie nach dem Ausstand an. Die zuverlässige Zahl der Ausständigen ist noch nicht bekannt. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke beschlossen eine Entscheidung des engeren Ausschusses der Ausständigen entsprechend, die Arbeit fortzusetzen. Der engere Ausschuß nahm mit Dank Kenntnis von der Bereitwilligkeit der städt. Gaswerksarbeiter, dem politischen Demonstrationstreif sich anzuschließen; er ersuchte sie aber, mit Rücksicht darauf, daß durch eine Lohnlegung des Gaswerkes in erster Linie die eigenen Massengenossen betroffen werden, vom Eintritt in den Ausstand abzusehen. Der engere Ausschuß hielt es auch laut „Volksstimme“ für eine Selbstverständlichkeit, daß die militärisch beurlaubten und abkommandierten Arbeiter die Arbeit fortsetzen, sofern der Unternehmer darauf beharrt. (g. R.)

Das „Mannheimer Tagblatt“ teilt durch Sonderblatt mit, daß wegen Anschließens seiner Zeher und Drucker an die Ausstandsbewegung das „Tagblatt“ heute nicht zur gewohnten Zeit erscheinen konnte. Es sei jedoch die Möglichkeit vorhanden, daß die Ausgabe im Laufe des Nachmittags nachgeholt werden könne. — Wie die „Volksstimme“ mitteilt, haben die Arbeiter in Ludwigshafen am Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen. (g. R.)

Mannheim, 1. Febr. Der stellv. komm. General des 14. Armeekorps hat heute durch Anschlag an den Plakataulen hier einen Aufruf erlassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiter sich täuschen, wenn sie glauben, durch Einstellung ihrer Tätigkeit dem Frieden zu dienen. Der Aufruf betont, wie unsere Feinde jubeln und wie der englische Minister schon vor einer inneren Revolution bei uns sprach. Der stellv. komm. General sagt in dem Schlusssatz seines Aufrufes an die Arbeiter: Es kann euer Wille nicht sein, den Arm des kämpfenden Bruders zu lähmen, den Mut des schon geschwächten Feindes wieder zu beleben. Noch ist die Zahl unserer Gegner übergroß! Noch zielen sie alle unerbittlich auf das Herz des deutschen Volkes, auf sein wirtschaftliches Leben, das allein uns alle ernährt. Deshalb: Weib! treu eurer Bruderspflicht, kehrt zum Werke zurück! (g. R.)

Mannheim, 1. Febr. Heute Vormittag 10 Uhr begann eine zweite Versammlung, die die beiden sozialdemokratischen Parteien in den Räumen des Hofgartens einberufen hatten. Der Versammlungsleiter sagte in den Eröffnungsworten, daß man hier zusammenkomme, um Fühlung zu nehmen und sich klar über die Forderungen zu werden. Darauf nahm Reichstagsabgeordneter Oskar Ged das Wort. Die Gründe zu unserem Verbleiben liegen in unserem eigenen Lande, in unserem eigenen Volk. (Sehr richtig.) Wir demonstrieren nicht für eine Niederlage Deutschlands. (Rein!) Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir bis zum letzten Mann unsere Pflicht tun, um den Feind von unseren Grenzen abzuwehren. (Sehr richtig.) Den Frieden der Verständigung, den wir schon seit langem proklamieren können wir haben. (Sehr richtig.) Wenn wir heute zu Demonstrationen aus den Fabriken hinausgehen, so hat uns dazu die politische Richtung gezwungen, die in ganz Deutschland für die gegenwärtigen Ziele demonstrierte. (Sehr richtig.) Wenn man uns alle anderen Mittel unterläßt, unsere Meinungen in diesem entscheidenden Augenblick zur Geltung

zu bringen, ist das, was jetzt geschieht, die notwendige Konsequenz. (Sehr richtig.) Das ist im Gegensatz zu der amerikanischen Lügennachricht, daß der Streik aus Amerika heringetragen sei, der wahre Sinn unserer Demonstration, und dabei wollen wir auch bleiben, mag kommen, was will. (Stimmliches Sehr richtig! und Sündelstischen.)

Darauf richtete der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten das Wort an die Versammlung. Redner gibt Kenntnis von der Wahl eines engeren Ausschusses von 10 Männern und 2 Frauen sowie eines weiteren Ausschusses von 50 Mitgliedern. Man sei zusammengekommen, um die Begründung unserer Forderungen entgegenzunehmen. Drummer legt dann dar, wie die Regierung bei Kriegsausbruch versichert habe, daß es sich um einen reinen Verteidigungskrieg handle, wie dann am 19. Juli 1917 die Friedensresolution gefolgt sei, der die Unabhängigen nicht zugestimmt hätten. Die Massen müssen jetzt beweisen, daß sie hinter ihren Führern stehen, die den Verständigungsfrieden verlangen.

Wir verlangen auch Veseitigung des preussischen Klassenwahlrechts. Für Baden verlangen wir Abschaffung der Ersten Kammer. (Sehr richtig.) Das Dreiklassenwahlrecht muß auch in den Gemeinden beseitigt werden. Ebenso brauchen wir das Frauenwahlrecht.

Redner kommt dann auf die Vorgänge in Berlin und schildert, daß der Staatssekretär des Innern sich geweigert habe, mit den Arbeitern zu verhandeln. Auch bei den Ententemächten unterbreiteten die Arbeiter ihren Forderungen ihre Forderungen. Wir sind keine Vaterlandsverräter. Wir bewilligen alles für die Verteidigung, aber für Eroberungen lehnen wir alles ab. (Bravol) Händelstischen.) Wir haben große Opfer im Kriege gebracht. Ich kann nicht sagen, daß Sie aus den Betrieben fortbleiben sollen, da müssen Sie sich selbst prüfen und müssen es selbst beantworten. Es muß aber eine eiserne Disziplin herrschen. Die Behörden haben uns das Vertrauen geschenkt, daß wir selbst Ruhe, Ordnung und Disziplin aufrecht erhalten.

bc. Mannheim, 1. Febr. Nach der „Volksstimme“ wurde heute früh allgemein die Arbeit wieder aufgenommen.

Franenthal, 1. Febr. 3000 bis 3500 ausständige Arbeiter und Arbeiterinnen aus den hiesigen Fabriken zogen gestern nachmittag zu einer Kundgebung gegen die Annexionspolitik auf den Paradeplatz, wo Rechtsanwalt Ackermann und der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Böhrer sprachen. Beide Redner ermahnten nach Befriedigung der Forderungen „Berichtsrieden, idärieres Vorgehen gegen den Wucher und den Schleichhandel und bessere Nahrungsmittelversorgung“ dringend zur Ruhe und zur Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage.

Köln, 1. Febr. Eine Vertrauensmännerversammlung der Streifenden wählte einen Siebenausschuß, der die Forderungen der Ausständigen dem Kölner Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister unterbreitete. Beide versprachen, die Forderungen nach Berlin weiterzugeben. In einer heute mittag stattfindenden Versammlung soll den Arbeitern die Bie-

deraufnahme der Arbeit empfohlen werden, da der Zweck des Ausstandes erreicht sei, der in nichts anderem bestanden habe, als durch eine Kundgebung den Willen weiter Kreise der Arbeiterklassen zu offenbaren.

Köln, 1. Febr. In der Streifbewegung in Köln war im Laufe des heutigen Tages noch ein weiteres leichtes Abflauen festzustellen. Da die Verammlung der Streifenden beschlossen hat, die Arbeit am Samstag morgen wieder aufzunehmen, kann man annehmen, daß am Montag die Bewegung vollkommen beendet ist.

Dresden, 1. Febr. Im hiesigen Bezirk sind heute bisher nur unbedeutende Teilausstände zu verzeichnen. In der Döhlener Gießfabrik streiken 700 von 2400 Arbeitern.

Stuttgart, 1. Febr. Bis heute ist Württemberg und speziell das Groß-Stuttgarter Industriegebiet von Streifangehen frei geblieben. (g. R.)

Darmstadt, 1. Febr. In der heutigen Sitzung des erweiterten Ausschusses der Zweiten Hessischen Kammer teilte der Minister des Innern von Homberg zu, daß die hessische Arbeiterkraft sich an der Streifbewegung nicht beteiligt habe, was in erster Linie den Gewerkschaften und auch nicht zum geringsten Teil der besonnenen Haltung der hessischen sozialdemokratischen Parteiführung zu verdanken sei.

Wodum, 1. Febr. Nachdem schon gestern die Belegkassen der Zeche Lothringen, Präsident Konstantin der Große, Schacht 8 und 9 und Admiral die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist heute die Belegkass der Zeche Adolf von Sanjemann diesem Beispiel gefolgt. Die Gesamtanlage läßt ein weiteres erhebliches Abflauen der Ausstandsbewegung erkennen. Schon jetzt darf gesagt werden, daß die Veruche die Ausstandsbewegung in größerem Umfang auf das Ruhrgebiet zu übertragen, fehlschlagen sind.

Berlin, 1. Jan. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich in einer Sitzung vom 31. Jan. mit der Streiflage beschäftigt. Wie wir hören, trat übereinstimmend die Meinung zu Tage, daß die Bewegung aus politischen Ursachen erwachsen und in diesem Sinne eine politische, keine gewerkschaftliche Angelegenheit ist. Volle Einstimmigkeit besteht aber auch in der Auffassung, daß die politische Mißstimmung, aus der die Bewegung entstand, verständlich und am sichersten durch gerechtes Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiter zu beseitigen ist.

Straßenkämpfe und Belagerungszustand in Neapel.

Die Turiner „Stampa“ meldet laut „L.A.“, daß am 15. Januar in Neapel Straßenkämpfe stattfanden. Während des Verlaufs mußte das Militär einschreiten. Am 20. Januar wurde in Neapel der Belagerungszustand erklärt. Der gesamte Verkehr von Rom nach Neapel ist unterbrochen. Die Kundgebung soll politischen Charakter tragen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 19. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 1. Februar. Vizepräsident Rohrbach eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung und teilte den (aus dem Bericht über die gestrige Budgetkommission) schon bekannt gewordenen Beschluß mit, wonach die Budgetkommission dem Hause vorzuschlagen, zuzustimmen, daß 1. eine einmalige Steuererhöhung im Betrag von 200 M. für Verleiratssteuern, von 100 M. für Lebzige und von 20 M. für jedes Kind ausbezahlt und 2. ein Lohnzuschlag von 50 Pfa. bewährt werden sollen. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit schlägt Vizepräsident Rohrbach dem Hause vor, sofort in eine Beratung dieses Beschlusses der Budgetkommission einzutreten. — Das Haus ist damit einverstanden.

Hg. Rehmann (natl.) berichtet darüber als Vorsitzender der Budgetkommission und führte u. a. aus: Die Steuererhöhung hat ein Maß erreicht, das alle bisherigen Vorstellungen übersteigt. Sie hat Schäden materieller und geistiger Art im Gefolge. Sie wirkt ein auf die Ungleichheit der Einkünfte, sie hat Einfluß auf die Gesundheit, auf die Arbeitsfähigkeit und auf das Heranwachsen unserer Jugend. Der Staat muß hier eingreifen, daß in jedem einzelnen Kar. Die Budgetkommission ist deshalb auch darüber einig geworden, daß die badische Regierung für den Beamtenstand und für die Arbeiter ihrer Betriebe erneut Mittel bereit stellen muß. Die Not des Beamtenstandes geht weit und tief. Der Beamte hat gekämpft gegen die Macht der Verhältnisse, er hat seine Ersparnisse aufgebraucht, er hat sich auf das äußerste eingedreht und sieht die Zukunft seiner Kinder bedroht. Aus diesem Grunde muß der Staat eingreifen. Inerfremdlich ist es, daß es nicht gelang, eine gleichartige Festlegung der Steuererhöhungen usw. für das ganze Reich herbeizuführen. Wir haben leider aus den Mitteilungen des Finanzministers, die er uns in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission gemacht, ersehen müssen, daß bisher alle Veruche, eine gleichartige Regelung in dieser Frage unter den Bundesstaaten herbeizuführen, gescheitert sind. Wir haben den Wunsch gehabt, daß wir uns denjenigen Maßnahmen anschließen, die das Reich und Preußen getroffen haben. Die letzte Neuregelung der Steuererhöhungen der badischen Regierung erfolgte im Sommer 1917 nach einer Rücksprache mit den Parteiführern und diese Regelung hat dann auch die Zustimmung der Volksvertretung gefunden.

Die Budgetkommission war sich darin einig, daß die einmalige Steuererhöhung auf 200 M. festgesetzt werden soll, daß auch eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter eingutreten hat. Somit soll eine einmalige Steuererhöhung im Betrag von 200 M. für Verleiratssteuern von 100 M. für Lebzige und von 20 M. für je ein Kind alsbald zur Auszahlung kommen und ferner ein Lohnzuschlag von 50 Pfa. Des weitern soll den Beamten eine Erhöhung der Kriegszulage von je 180 M. zugewiesen werden. Nach den Mitteilungen des Herrn Finanzministers betragen die daraus erwachsenden Kosten 17 1/2 Millionen Mark. Trotz der Höhe dieser Summe dürfen wir nicht davor zurückschrecken; im Hinblick auf die furchtbaren Härten und Erstarrungen der gegenwärtigen Zeit, im Hinblick auf die Größe der Not und die Größe der Schäden, die aus dieser Zeit erwachsen. Es gilt nicht allein die materielle Notlage zu lindern, sondern auch alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Unzufriedenheit führen kann.

Finanzminister Dr. Rheinboldt sagt namens der Regierung die Bereitwilligkeit zu, die Steuererhöhungen in der von der Budget-

kommission beschlossenen Horn zur Auszahlung zu bringen. Die Erste Kammer wird dazu noch ihre Zustimmung zu geben haben. Eine Bindung für die endgültige Gestaltung der Gehalte soll damit nicht erfolgen. Zur Deckung dieser Ausgaben werden neue Quellen nötig sein; eine Vorlage darüber werde ich nicht mehr in diesem Jahre machen, wohl aber dem nächsten Landtag.

Hierauf wird der Antrag der Budgetkommission einstimmig angenommen.

Das Haus geht sodann

die Beratung des Justizgesetzes

fort.

Justizminister Dr. Düringer kommt auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Köhler (Zentr.) zurück. Der in dem Vereinsblatt von dem Vorstand des Vereins der mittleren Justizbeamten veröffentlichte Artikel hat sich sehr, wie die Zulassung von Zivilanwärttern zur Gerichtsschreiberprüfung gewandt. Der Beschluß des Vorstandes des Vereins, die Disziplinarstrafe von 100 Mk. zu zahlen, ist nicht zu billigen, weil dadurch der Disziplinargewalt in die Arme gefallen war.

Abg. Wittmann (Zentr.) führt aus, er habe gestern die Aufhebung des § 46 des Reichspolizeigesetzes verlangt, weil dadurch eine Verletzung und Befreiung der Leute bei einem Diebstahl eintritt.

Abg. Marum (Soz.): Was der Herr Justizminister zu dem Artikel des Vorstehenden des Vereins mittlerer Justizbeamten gesagt hat, billige ich. Es ist aber ein weiter Schritt zwischen Billigung des Artikels und einem Disziplinarverfahren. Man sollte nicht soweit gehen, daß man sofort ein Disziplinarverfahren einleitet, wenn man den Ton eines Artikels nicht billigt. Der Artikel war scharf geschrieben, aber es besteht keine Veranlassung, deswegen den Verfasser so scharf anzufassen, und ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der mittleren Beamten muß ebenso wie den höheren Beamten das Recht zustehen, an Äußerungen der Regierung oder seiner Vorgesetzten Kritik zu üben. Gerade die neue Zeit erfordert, daß man in Bezug auf das Verhalten des unteren Beamten zu seinem Vorgesetzten sich eine andere Meinung bildet. Der Beamte braucht sich nicht blind den Anordnungen zu unterwerfen. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn die Regierung wegen eines solchen Artikels vorgeht, denn es wird der Ansicht erweckt, daß man eben doch nicht des Tones, sondern des Inhalts wegen eingeschritten ist. Es ist mir übrigens mitgeteilt worden, daß der betr. Beamte auch in seinen Anstellungsverhältnissen geschädigt und seine bevorstehende landesherrliche Anstellung nicht vollzogen worden ist.

Zum Grundbuchwesen sind neue Redner gemeldet.

Abg. Schreiner (Zentr.) möchte als Ratsschreiber auf die großen Mühen hinweisen, die durch das Abschreiben entstehen. Es kann sich doch nur darum handeln, entweder das Grundbuch bleibt bei den Gemeinden oder es kommt zu den Gerichten. Das Grundbuch ist ein Stück Gemeindegeld und sollte deshalb nicht in die Stadt kommen. Ich möchte den Herrn Justizminister bitten, das Grundbuch bei den Gemeinden zu belassen.

Abg. Bitter (natl.) bezweifelt, ob sich durch die Verlegung des Grundbuchs zu den Amtsgerichten diejenigen finanziellen Vorteile ergeben werden, wie man sie vielfach erhofft.

Abg. Graf (Zentr.) betont, eine Einrichtung, die sich so gut bewährt habe, wie das Grundbuch in den Gemeinden, sollte man ohne zwingenden Grund nicht umstoßen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) unterläßt die Wünsche der Redner. Die Vorteile, die die Landgemeinden von der jetzigen Grundbuchorganisation haben, sind sehr groß.

Abg. Althoff (Zentr.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Abg. Mehm (natl.) kann sich nicht der Ansicht anschließen, als ob der jetzige Zustand ein idealer sei. Aus lauter Rücksichtnahme etwas halbes zu machen, hat keinen Zweck. Will man am Grundbuch etwas zu ändern, dann sollte man es auf die Amtsgerichte verpflanzen. Die Landbewohner kommen ja doch in die Amtsstadt; auch die Baukosten wären keine besonders großen. Den Wunsch nach Ersatz aus staatlichen Mitteln für den finanziellen Ausfall der städtischen Grundbücher kann ich nicht unterstützen.

Abg. Martin (Zentr.) bemerkt, zu einer Änderung der Grundbuchorganisation liege kein Anlaß vor. Für alte und krankliche Leute wäre es eine mißliche Sache, wegen des Grundbuchs jeweils in die Amtsstadt fahren zu müssen. In dieser Sache darf nicht Wunsch und Wirklichkeit der Verwaltung und Urteil der juristischen Kreise ausschlaggebend sein, sondern einzig das Interesse des Volkes und dieses ist gegen eine Verlegung der Grundbücher aus den Gemeinden.

Abg. Fieneltmeyer (Zentr.) spricht sich ebenfalls gegen die Verlegung des Grundbuchs von der Gemeinde aus, ebenso Abg. Schöpsle (N. Vg.).

Abg. Auz (Soz.) mahnt, man möge in dieser Frage eine ruhige abwartende Stellung einnehmen und zusehen, wie sich die Angelegenheit nach dem Kriege entwickelt.

Unterhaltung und Belehrung

Der Gott, der Eisen wachsen ließ. Durch die alldeutsche Presse geht eine Korrespondenz-Notiz, die sich mit der Belehrung Engelbert Bernerstorfers beschäftigt. Nach dem Testament Bernerstorfers wurde bekanntlich an seinem Grab das Lied von Ernst Moritz Arndt gesungen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“. Aus diesem Lied wird nun die folgende Strophe angeführt:

Laut klingen, was nur klingen kann, Die Trommeln und die Flöten, Wir wollen heute Mann für Mann Mit Blut das Eisen röten. Mit Hakenblut — Franzosenblut O höher Tag der Rache! Das klingen allen Deutschen gut, Das ist die große Sache.

Davon knüpfen dann die Alldeutschen tief sinnliche Betrachtungen über den wahren Sach, den auch Bernerstorfer gegen die Franzosen empfunden habe. Dazu ist einfach zu sagen, daß Bernerstorfer in seinem Testament nicht nur bestimmt hat, daß dieses Lied gesungen werde, sondern auch ausdrücklich verfügt hat, daß diese Hohnstrophe gegen die Franzosen fortbleibe. Den toten Bernerstorfer als Schwurzeugen für Bitterkeit zu nutzen, ist also ganz unmöglich!

Herr von Trost. Aus Prag wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo Trostky rechte Bronstey ist dieser Tage in den Adelstand erhoben worden. Zwar ist es nur ein Versehen gemessen, aber artig bleibt die Geschichte dieser Roblikierung doch, die

Abg. Kramer (Soz.) bespricht eine Straffache der Frau Elisabeth Schill in Unterglottertal, die ein Gefuch um Umwandlung der Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe eingereicht hatte, das aber abgelehnt wurde. Der Redner bietet die Regierung unter eingehender Darlegung der Gründe Hilfe wölten zu lassen.

Ministerdirektor Daffner sagt Prüfung des Falles zu. Bei dem Titel „Strafanstalten“ wendet sich Abg. Hartmann (Zentrum) gegen das Abreißen von Tabak in den Strafanstalten. Geh. Rat Kärcher bemerkt dazu, daß durch die Gefangenentätigkeit die Arbeiterkraft nicht geschädigt werde. — Damit ist der Justizetat erledigt.

Abg. Kopf (Zentr.) erhält als Verichteratter das Schlusswort. Die Zahl der Verurteilungen bei Strafen wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen ist so minimal, daß sie gegenüber übrigen Verurteilungen fast verschwinden. Man könnte doch in manchen Fällen eine mildere Verteilung Maß greifen lassen. Bedauerlicherweise steht die Regierung dem Wunsche nach Ausschreiben der Richterstellen noch ablehnend gegenüber und doch ist dieser Wunsch in Richterkreisen sehr lebhaft. Der Ansicht des Abg. Benedek, daß die Entschädigungen wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft zu nieder seien, muß ich mich anschließen. In der Frage der Dienstwohnungen bestehen zwischen den Mitgliedern des Hauses und der Regierung geteilte Ansichten. Eine Änderung der Rechtsanwaltsgebührenordnung ist in der Tat dringend notwendig. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand das Grundbuch; die Aussprache hat gezeigt, daß man bei jeder Veränderung, wie sie auch gehandhabt werden mag, auf Widerstand stoße wird. Vorteile für die Gemeinden sind gewiß vorhanden, wenn das Grundbuch bei den Gemeinden bleibt, aber nach meiner Meinung sind von verschiedenen Rednern die Nachteile auch übertrieben worden. Diese Frage hängt auf das engste zusammen mit der Staatsvereinfachung und allein von diesem Gesichtspunkt ist die Grundbuchorganisation zu betrachten. Die Erhaltung der Amtsgerichte in den kleinen Städten erscheint mir wichtiger als die Grundbuchämter in den Landgemeinden, zumal die e. Amtsgerichte, die jetzt nicht voll beschäftigt sind, durch Heranziehung des Grundbuchs ihre Existenzberechtigung erhalten. Unsere Verhandlungen haben gezeigt, daß Mißstände in unserem Justizwesen nicht bestehen.

Hierauf wird der Voranschlag des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen einstimmig angenommen. Schluss der Sitzung 11 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 5. Februar, nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Präsidentenwahl. Voranschlag des Finanzministeriums.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 2. Februar.

Erhöhung der Bestattungskosten. Die fortgesetzte Steigerung des Aufwands der Stadtgemeinde für die Leistungen im Bestattungswesen, insbesondere des Personalaufwands, der Fuhrkosten und der Materialpreise hat zur Folge, daß die Entnahmen aus den Bestattungssteuern weit hinter den Aufwands zurückbleiben. Da für das Jahr 1918 mit einem Gesamtaufwand von 142 000 Mk. gerechnet werden muß, bei den derzeitigen Bestattungssteuern aber nur eine Einnahme von höchstens 125 000 Mk. in Rechnung zu stellen ist, würde sich ein Fehlbetrag von 17 000 Mk. ergeben. Zur Vermeidung dieser Unterbilanz hat nun der Stadtrat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, in der eine Erhöhung der Bestattungssteuern vorgeschlagen wird. Diese Erhöhung soll unter Berücksichtigung der bisherigen Einteilung in drei Bestattungsklassen nach dem Grundtag durchgeführt werden, daß die erste und zweite Klasse in verhältnismäßig höherem Maß zur Deckung der allgemeinen Kosten herangezogen werden als die dritte Klasse, um den minderbemittelten Teil der Bevölkerung nach Möglichkeit zu schonen. Nach dem Antrag des Stadtrats sollen die Lizen in Zukunft betragen: bei Erwachsenen: in der 1. Klasse 240 Mk. (bisher 180 Mk.), in der 2. Klasse 120 Mk. (bisher 90 Mk.), in der 3. Klasse 40 Mk. (bisher 30 Mk.); bei Kindern über 6 Jahren: in der 1. Klasse 150 Mk. (bisher 120 Mk.), in der 2. Klasse 75 Mk. (bisher 60 Mk.), in der 3. Klasse 30 Mk. (bisher 25 Mk.). Für die Bestattung eines Kindes unter 6 Jahren 20 Mk., bisher 18 Mk. und für die Bestattung eines Kindes unter einem Jahr, wenn die Leiche durch die Angehörigen in die Leichenhalle verbracht wird, 8 Mk., bisher 6 Mk.

* Bezüglich der Ernährung der Säuglinge gehen uns von verschiedenen Seite Beschwerden zu. Bekanntlich sind bei der Nahrungsmittelverteilung letzte Woche die Kindernahrungsmittel ausgefallen. Es wurden dafür 2 Pakete Zwieback gegeben. Aber das ist zu wenig, wenn eine Mutter dem Kinde viertel im Tag Nahrung geben soll. Eine Mutter schreibt uns u. a.:

Diesem, die keine Kinder haben, wissen gar nicht, wie traurig die jetzigen Zustände für die Mütter sind. Was soll man denn den Kindern zu essen geben, wenn man keine Nahrungsmittel, keinen Grieß, keine Pasterfäden oder sonst etwas bekommen kann? Die verantwortlichen Stellen sollten sofort eingreifen, wenn sie nicht haben wollen, daß unser Nachwuchs an Entkräftung zu Grunde geht.

In den Ruhestand ist das Kollegiumsmitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, Oberbaurat Ferdinand Freiherr von Babo getreten. Der Großherzog hat dem verdienten Beamten in Anerkennung seiner treu geleisteten Dienste den Titel Geh. Oberbaurat verliehen. Herr Freiherr von Babo war vor über 35 Jahren in den badischen Staatsdienst eingetreten und zuerst längere Zeit bei der Rheinbauinspektion Mannheim tätig. Er wurde 1892 zum Zentralinspektor bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus ernannt und leitete von 1895 an den Bau der Eisenbahn Rastatt-Strasbourg. Zwei Jahre darauf erfolgte seine Ernennung zum Vorstand der Rheinbauinspektion Freiburg und 1899 wurde er in die Oberdirektion versetzt.

* Ein Institut für Genossenschaftswesen. Wie die „Nordf. Ztg.“ mittelt, befassten sich zurzeit die genossenschaftlichen Kreise mit der Gründung eines Instituts für Genossenschaftswesen. Ein solches Institut soll an einer geeigneten deutschen Hochschule errichtet werden und vor allem einen umfassenden Forschungsapparat (Bücherei, Archiv usw.) besitzen. — Die Anregung zur Errichtung eines solchen Instituts geht von dem Herausgeber der „Genossenschafts-Bibliographie“ (Dr. Bittel, Karlsruhe) aus und ist in einer Denkschrift niedergelegt. Bei der Verwirklichung dieses Planes wäre neben den zahlreichen Unterrichtsveranstaltungen der Genossenschaftsverband und von Jahr zu Jahr in größerem Umfang aufgenommenen genossenschaftlichen Vorlesungen an den Universitäten eine besondere Zentralfstelle für die Ausbildung von Genossenschaftlergeschäften. Da die Frage der Genossenschaftsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung ist, findet der genannte Plan die lebhafteste Anteilnahme der beteiligten Kreise.

* Vereinfachung beim Gänsehandel. Eine hiesige Frau in der Brauerstraße, welche jetzt in der Kriegszeit neben andern Dingen auch mit Geflügel handelt, hatte in der Zeitung eine Gans und eine Ente zum Verkauf ausgeschrieben. Ein Viehhändler meldete sich. Sie sprach von 14 Mk. für die Gans und 65 Mk. für die Ente. Der Mann wollte die Gans in einen Sack und zahlte der Händlerin 21 Mk. mit dem Hinweis, daß dies der angegebene Höchstpreis sei. Sie nahm das Geld, stellte aber hinterher bei der Großh. Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Käufer wegen Betrugs. Durch Urteil des Großh. Amtsgerichts vom 31. Dez. 1917 wurde der Antrag der Staatsanwaltschaft jedoch zurückgewiesen mit der Begründung, daß ein Betrag im Sinne des § 263 N. S. G. B. nicht vorliegt. Mit dem Urteile ist die Gans Handelsobjekt. Die Anzeigerin hat sich entschlossen, die Gans zu verkaufen und nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen konnte sie nicht mehr als 21 Mk. (Höchstpreis) verlangen, zu welchem Preis sie auch abgeben werden muß.

Genossenschaftsartikel Karlsruhe. Vorgefunden am Abend fand in der Gewerkschaftszentrale eine Vertreterversammlung der Gewerkschaftsvereine statt. Der Vorsitzende Kollege Hof äußerte sich zunächst kurz zu der gegenwärtigen Streikbewegung. Möge die Unterhandlung baldigt ein gutes Ende finden. Weiter sprach derselbe die jüngste Stilllegung der Waffen- und Munitionsfabrik, sowie die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und die Agitationsweise der sogenannten „Vaterlandspartei“, der gegenüber der „Vaterland für Freiheit und Vaterland“ ins Leben getreten ist. Auf die an die Regierung eingereichte Petition verschiedener Korporationen betr. der Wohnungsverhältnisse nach dem Krieg ist von Seiten der Regierung eine Einladung zu mündlicher Besprechung der diesbezüglichen Fragen ergangen. Der Redner erläuterte weiter die in Durchführung begriffene Erhöhung der Grundlöhne in den Krankenkassen. Die Krankenkassenverbände haben weiter eine Reuefesselung der Ortslöhne wie Sachbezüge bei den zutreffenden Zunahmen beantragt. Das Kartell beschloß denselben Antrag zu stellen. Dem Vorschlagsamt wurden weitere Vollzugsmaßnahmen betr. unberechtigter Mietssteigerungen etc. zugewiesen. Die Kollegen Sauer und Prall äußerten sich zum Schluß zu dieser Frage. Letzterer besprach noch die Organisation der Kriegsbeschädigten. Kollege Hof empfahl eine Professur „Der Beamte und Arbeiter als Richter im Krieg“, sowie die Professur „Die Mängel der Kriegsvorsicht“ auf das Ver. der Wahlen zur Reichstagskommission des Oberverwaltungsamtes wurde der Vorschlag, die allen Vertreter wieder zu wählen, einstimmig beschlossen. Ueber die Lebensmittel- und Kohlenversorgung referierte Kollege Hof. Gegen die unerhörten Wucher

Theater und Musik.

Großh. Konservatorium für Musik. Der Vortragabend des Ausbildungslassen am Mittwoch, den 30. Januar hatte folgendes Programm: 1. Konzert A-Moll I. Satz von J. N. Hummel (Fräulein Maria Scha Fell). Begleitung: Fräulein Gertrud Eggert; 2. Rondo A-Moll von W. A. Mozart (Fräulein Elise Weder); 3. Drei Lieder: a) Die Votoslume von H. Schumann; b) O Jugend, o schöne Morgenzeit; c) Frühlingsspiel von F. Mendelssohn-Bartholdy (Fräulein Elise Weder); Begleitung: Fräulein Elise Weder; 4. Zwei Präludien As-Dur und F-Moll von F. Chopin (Herr Günther von Sanden); 5. Duett aus „Aida“ von G. Verdi (Fräulein Gertrud Eggert und Fräulein Luise Münnentamp); Begleitung: Fräulein Elise Weder; 6. Sonate, Es-Dur op. 27 Nr. 1 von L. v. Beethoven (Fräulein Elise Weder). Das nächste Vorspiel (Ausbildungslassen) findet Mittwoch, den 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können vor der Karteibuchhandlung bezogen werden. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterkauen und Arbeiterinnen, ist und werden Nr. 9 des 28. Jahrgangs zugegangen. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Belegblatt 55 Pfg.; unter Kreuzband 55 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mk.

preise müssen wir energisch ankämpfen Die Vertreter der Arbeiter...

Seinen 70. Geburtstag feiert heute Professor Ludwig Dill, einer unserer bekanntesten deutschen Maler.

Im Kolosseum hat gestern Programmwechsel stattgefunden. Auch das neue Programm für die erste Hälfte des Februars bringt viel Unterhaltung und mancherlei Abwechslung.

Kammermusik-Abend der Museums-Gesellschaft. Nächsten Dienstag Abend, 5. Februar, veranstaltet die Museums-Gesellschaft für ihre Mitglieder einen Kammermusik-Abend.

Henry Porten, Herrn Winterstein, Herrn Niemann, Fr. Wehrauch, Herrn Kaufmann, Arl. Bimbsch, Herrn Schmelzer und Herrn Viehbach in den Hauptrollen.

Neues vom Tage.

Brisbane, 31. Jan. (B.Z. Nicht amtlich.) Reuter. Der Hafenmeister von Madagaskar meldet dem Marineministerium drastisch: Ein Unfall und eine Springflut haben den Hafenplatz getroffen.

Zur Streikbewegung.

Spandau, 1. Febr. Die Streiklage in Spandau hat sich gegen gestern fast gar nicht verändert. Im ganzen dürften höchstens 7 Prozent der in Spandau beschäftigten etwa 30 000 Rüstungsarbeiter sich noch im Streik befinden.

Berlin, 1. Febr. Bekanntmachung: Die Auslandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiterschaft von Groß-Berlin nach verharzt, beeinträchtigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition.

Letzte Nachrichten. Neue Verrentungen.

Berlin, 1. Febr. (Amtlich.) Im mittleren und östlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gefördert.

Trotsky.

Berlin, 1. Febr. Wie laut „Berliner Tageblatt“ der „Secolo“ aus Petersburg meldet, erklärte Trotsky im Kongress der Arbeiterräte, Russland werde voraussichtlich einen Friedensvertrag unterzeichnen müssen.

Haag, 1. Febr. Aus London wird gemeldet: Trotsky hat im Rat der Bolschewjets folgendes erklärt:

Ich kann den Sieg der russischen Revolution über den deutschen Imperialismus nicht verbürgen. Ich kann kein Wunder versprechen und auch keinen demokratischen Frieden.

Englische Verluste.

Berlin, 1. Febr. In der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1918 haben die Engländer nach eigenen Veröffentlichungen 836 Offiziere und 30 752 Mann an Toten, Verwundeten und Vermissten verloren.

Attentat auf Lenin.

London, 1. Febr. (Reuter.) „Daily News“ erzählt aus Petersburg, daß ein neues Attentat auf Lenin mißglückt ist.

Kanin-Felle fertig verarbeitet zum Gebrauch, werden im Laden der Städtischen Bekleidungsstelle, Kaiserstr. 91, zum Verkauf gebracht.

Grossherz. Hoftheater. Wir suchen zum sofortigen Eintritt: 1 Buchbinder (für Papier Schneidemaschinen.)

Auskunftei Bürgel 300 Geschäftsstellen Garantie loptl. Mark 300 300. Einzel- und Abonnements-Auskünfte für jedermann.

Maler-Lehrer auf Ostern, ebenf. früher, bei gründl. Ausbildung und sofort. Vergütung gesucht.

Städt. Arbeitsamt Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe Zähringerstr. 100.

Lüchtige, fleißige Dreher und Werkzeugmacher zum sofortigen Eintritt gesucht.

jüngere Burschen und Mädchen. Arbeitsbuch und Leitungs-karte mitbringen.

Gebr. Rahn Karlsruhe Durlacher Allee 65.

Freunden eines gehaltvollen Humors empfohlen wir die badischen Kleinstadtgeschichten von Ferdinand Madlinger.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Eheaufgebote, Valentin Maß von Hirschlanden, Zimmermann hier.

Berein Volksbildung (G. V.) Karlsruhe Sonntag den 3. Februar, vormittags pünktlich um 11 Uhr.

Atlas der Westfront. 5 farbige Karten von 1. Jtendo-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Geburten. Gertrud Anna Maria, S. Otto Hans, Lokomotivführer. Josef Emil Alfons, S. Josef Berner, Kaufmann.

Brennholz-Berkauf. Wir haben auf unserem Lagerplatz, Ecke Beranien- und Goethestraße, kurz gesägtes Brennholz zu verkaufen.

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Todesfälle. Mathilde Ebert, 86 J. alt, Ehefrau von Ebert, Schneidermeister. Luise Höjer, 72 J. alt, Witwe von Johann Höjer, Maschinist.

Brucks & Hörner Büro: Kaiserallee 97.

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Todesfälle. Albert Schlemmer, Lokomotivführer, Ehemann, 56 J. alt. Katharina Eichhorn, 60 J. alt, Witwe von Valentin Eichhorn, Landwirt.

P. T. Palast-Theater P. T.
 Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Waldemar Psilander
 in
Um das Bildnis des Königs.
 Ein Künstlerdrama in 3 Akten.
 Spielleiter: A. W. Sandberg.

Wanda Treumann
 in ihrem neuesten Film
Teufelchen
 Lustspiel in 4 Akten.
 In den Hauptrollen:
Wanda Treumann
 und **Herm. Seldeneck.** 2447

LUXEUM = Lichtspiele
 Kaiserstraße 168. Telefon 3935.

Ab heute!
Rosa Porten
 in ihrem neuesten Film 2448
Die Landpomeranze
 Lustspiel in 8 Akten, verfasst von Rosa Porten.

Wenn die Stimme des Blutes spricht
 Drama in 4 Akten.
 Dargestellt von ersten Künstlern und Künstlerinnen.

Taschenl. Batterien 2407
 neu eingetroffen
 An Wiederverkäufer wird zu günstigen Preisen abgegeben.
 Grund & Dehmichen, Waldstraße 26.

Geschäftsverlegung u. Empfehlung
 Meiner werten Kundschaft sowie dem titl. Publikum zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mein
Maler-Geschäft
 von Schützenstraße 13 nach
Werderstraße 83
 verlegt habe. Empfehle mich in allen vorkommenden Maler- und Anstreicherarbeiten sowie im Tapezieren von Zimmern usw. bei billigster Berechnung.
 Achtungsvollst
Emil Daeschner, Malergeschäft
 Werderstraße 83
 Wohnung: Schützenstraße 18. 2412

Ich habe mich hier als **Rechtsanwalt** am Gr. Landgericht niedergelassen. Meine Kanzlei, welche mit derjenigen des Rechtsanwalts Dr. Max Homburger vereinigt ist, befindet sich **Kaiserstr. 83**, 1 Treppe hoch. Tel. 76.
 Karlsruhe, den 1. Febr. 1918. 2419
Hugo Stein, Rechtsanwalt.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig
 Buchdruckerei Volksfreund

Residenz-Theater
 Waldstrasse.
 Samstag bis einschliesslich Dienstag

Die Faust des Riesen
 2. Teil.
 mit
Henny Porten
 in der Hauptrolle. 2440

In unserer
Betten-
 Abteilung
 2. Stock

Inderbettstellen
 29.50 42.— 62.—

Bettstellen für Erwachsene
 59.— 75.— 95.—

infache Bettstellen
 33.50 42.— 60.—

Reiche Auswahl in
Matratzen, Schonern, Steppdecken

Geschw. Knopf

Zum sofortigen Eintritt suchen wir:
 50 Mädchen über 16 Jahren
 30 Mädchen von 14—16 Jahren
 10 Arbeiter über 16 Jahren
 50 Arbeiter von 14—16 Jahren
S. Weil & Söhne, Schuhfabrik, Rastatt.

Der **Wahre Jacob** ist erschienen!
 Buchhdlg. Volksfreund

Pfänderversteigerung
 Am Mittwoch, 13. Febr. 1918, vorm. von 9 Uhr an findet im Kassenlokal des Leihhauses: Schwabenstr. 8, 1. Stock die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 7193 bis mit Nr. 8872 gegen Barzahlung statt.
 Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.
 Die Masse bleibt am Versteigerungstage, sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.
 Karlsruhe, 2. Febr. 1918.
 Städt. Pfandleihkasse.

GALERIE MOOS
 Kaiserstrasse 187
 Sonderausstellung Walter Goussier
 Februar 1918
 u. Werke v. Prof. Carl Liebig-Gutach, Hanssen, Fehr, Grimm, Ad. Martin u. a.
 Neue Graphik:
 Farbenholzschnitte
 Radierungen. 1509

Zu räumen u. verkaufen billig:
 Küchenricht. 80 Stk., eiserne Bettstellen 15 Stk., poliert. Metall 25, Stühle 450, Tische 0,70, Sofa 65 Stk., Badstühl, W. 1. Albert, Waschkommode m. Marmor, Vertikal, Kassetten, Bettstellen m. Holz u. kompl. Betten, Spiegel, Bilder u. a. Trümmel.
 Laden Kaiserstr. 60, Ecke Waldstr. 2440

Chaiselongue
 neu zu verkaufen. 2439
 Polier- u. Kühler
 Schützenstr. 25.

Junge Mädchen
 im Alter von 14 Jahren finden auf Ötern oder früher Beschäftigung bei
F. Wolff & Sohn
 G. m. b. H. 2414
 Durlacher Allee 31/33.

Kaiserstraße Nr. 143
 11. Obergesch. ist eine Wohnung von 7 Zimmern, großem Vorplatz, Küche, Speisekammer, Bad, zwei Dachzimmern und abgetrennter Speicherzimmer sofort zu vermieten. Näheres beim städtischen Hochbauamt, Kaiserstr. Nr. 8. 2411

Bezugs...
 1.10 M. 3...
 Seite 1, 24

Defte
 Die...
 der frei...
 sozialdem...
 sekretär...
 legen. 5...
 zu empfe...
 geordnet...
 nicht M...
 politische...
 leibt un...
 männer...
 der Arbe...
 Nicht et...
 in Engla...
 ziele in...
 mer ent...
 eine alte...
 daß küm...
 frauenan...
 Jahre 1...
 der Regi...
 gelegt; i...
 an dem...
 hatten, r...
 handelt;...
 nister be...
 wort au...
 In Ver...
 übrigen...
 seit 1869...
 preußisch...
 beitem u...
 Reichstag...
 Rein...
 politisch...
 Reich...
 Entbehr...
 ertragen...
 der her...
 noch ihr...
 Schmach...
 elendeste...
 König vo...
 von diese...
 Regierung...
 Aber wie...
 Sie habe...
 des Ser...
 Volk fam...
 feinen 3...
 statt des...
 wahlrecht...
 daß den...
 heute in...
 Verdienst...
 immer „...
 Und...
 die Recht...
 Feind de...
 ganzen t...
 den“, be...
 sich der...
 gen, in...
 den Gen...
 greifens...
 Friedens...
 eine an...
 Bolkes...
 zwei Str...
 den Med...
 fremde...
 fen zw...
 Rein W...
 Schwank...
 mann im...
 in der...
 männer...
 behandel...
 Frage be...
 sich klar...
 in West...
 solcher...
 dann gä...
 Die...
 deutliche...
 Genkur...
 anstand...
 nicht ver...
 Erfolg u...
 und get...
 daß sich...
 klar au...
 re